



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vom 4. Januar 2012

Aus Berlin

Studie: 25 Prozent der Gesundheitsausgaben für Verwaltung fällig

Kostentreiber Bürokratie: In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fielen im Jahr 2010 rund 40 Milliarden Euro Verwaltungskosten an. Das entspricht fast einem Viertel der Gesamtausgaben in Höhe von 176 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis ist die Unternehmensberatung A. T. Kearney gekommen, die rund 6.000 niedergelassene und Krankenhausärzte, Apotheker und Physiotherapeuten befragt hat. Einer der Gründe für die hohen Verwaltungskosten ist nach Ansicht der Marktforscher eine Vielzahl bürokratischer Regelungen für Mediziner.

Der Gesundheitspolitiker Prof. Karl Lauterbach (SPD) nutzte die Studie, um erneut für das Konzept der Bürgerversicherung zu werben. Durch die Einführung der Bürgerversicherung mit einem einheitlichen ärztlichen Abrechungssystem in Euro und Cent sowie geringeren Dokumentationspflichten könnten jährlich Milliarden Euro eingespart werden, sagte Lauterbach. Durch die Studie bestätigt sah sich auch der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery: "Wir begrüßen es außerordentlich, dass einmal mehr in einer Studie auf die absoluten Missstände der Bürokratisierung des Gesundheitswesens zu Lasten der Patienten hingewiesen wird. Seit Jahren warnt die Ärzteschaft vor den Folgen der Überverwaltung und Bürokratisierung der Patientenversorgung." Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns, Dr. Wolfgang Krombholz, appellierte an die Krankenkassen, die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nicht den Praxen als Leistungsträgern zuzuschreiben. Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, forderte ein Bürokratieabbaugesetz.

Die Krankenkassen wiesen die Kritik von sich. "Die Dokumentation von Behandlungen und Arzneiverordnungen ist keine überflüssige Bürokratie, sondern für eine gute medizinische Behandlung notwendig", sagte der Sprecher des GKV-Spitzenverbandes, Florian Lanz. (Süddeutsche Zeitung, 3. Januar; <u>Pressemitteilung der BÄK, 2. Januar; Pressemitteilung der KV Bayerns, 3. Januar; Pressemitteilung des Hartmannbundes, 4. Januar; Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 2. Januar)</u>

Aus KBV und KVen

Berlin: Mehr Vorsorge für junge Versicherte der BKK

Ein neues Programm bietet zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche in Berlin an und soll so Qualität und Umfang der Vorsorge verbessern. Den Vertrag für "BKK Starke Kids Berlin" schlossen die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin, der BKK Landesverband Mitte und die Service GmbH des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte. Eine der drei Zusatzuntersuchungen ist der "U10-Grundschulcheck", in dem Sieben- und Achtjährige hinsichtlich Schulleistungsstörungen, Sozialisations- und Verhaltensstörungen, Zahn-, Mund- und Kieferanomalien sowie ihres Medienverhaltens untersucht werden. (Pressemitteilung der KV Berlin, 4. Januar)

Thüringen: Neues Vorsorgeangebot für diabetisches Fußsyndrom gestartet

Um die Früherkennung und die Behandlung des diabetischen Fußsyndroms zu verbessern, hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Thüringen mit der AOK Plus einen Vertrag geschlossen. Die Vertragspartner gehen davon aus, dass von dem Programm etwa 4.300 AOK-Versicherte profitieren könnten. Es sieht ein Versorgungsnetz aus Haus- und Fachärzten vor, beinhaltet eine richtlinienbasierte Arzneimitteltherapie und soll dazu beitragen, Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und die Bein-Amputationsrate zu verringern. "Mit diesem Vertrag ist es gelungen, eine enge Verzahnung zwischen Hausärzten und besonders spezialisierten Arztpraxen zur Verbesserung der Behandlung dieser Patientengruppe zu erreichen", erklärt die Vorstandsvorsitzende der KV Thüringen, Regina Feldmann. (Pressemitteilung der KV Thüringen, 22. Dezember 2011)

Vertrag zur integrierten Versorgung geschlossen: Onkologie

AOK-Versicherte in Sachsen-Anhalt erhalten ab sofort leichteren Zugang zu einer Krebsuntersuchung mit einem PET/CT-Gerät. Das Gerät kombiniert Positronenemissionstomografie und Computertomografie und liefert so eine genauere Bildgebung als bei einer alleinigen PET. Sachsen-Anhalt verfügt seit 2009 über ein erstes solches Gerät in Halle. Einen entsprechenden Vertrag schlossen die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Sachsen-Anhalt, die AOK Sachsen-Anhalt und die Praxis für Fusionierte Bildgebung in Halle. (Pressemitteilung der KV Sachsen-Anhalt, 22. Dezember 2011)

KV Hessen: Standortnachteil durch fehlende HZV-Verträge

Weil in Hessen kaum Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung (HZV) existieren, befürchtet die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen einen Standortnachteil für das Bundesland: junge Ärzte werden abgeschreckt und Patienten benachteiligt. Die Kritik richtet sich an die Krankenkassen, die nach Meinung der KV in Hessen eine "Blockade-Politik" betreiben. (<u>Pressemitteilung der KV Hessen. 4. Januar</u>)

KV-on: Bessere Vereinbarkeit von Praxis und Familie ab 2012

Annette Widmann-Mauz (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, hat sich im Interview auf KV-on zu dem am 1. Januar in Kraft getretenden Versorgungsstrukturgesetz geäußert. Darin erklärt sie, was sich in diesem Jahr für Niedergelassene in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert. (Videopodcast auf KV-on, 2. Januar)

Aus den Verbänden

Barmer GEK: Kliniken sollen mehr ambulant versorgen

Der Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK, Dr. Christoph Straub, hat die Krankenhäuser dazu aufgerufen, ambulante Versorgungsangebote auszubauen. Viel häufiger als bisher sollte die interdisziplinäre, personelle und apparativ-technische Infrastruktur der Krankenhäuser ambulant oder kurzstationär genutzt werden, forderte der Chef der größten deutschen Krankenkasse. Der verstärkte Einsatz von ambulant-stationären Einrichtungen sei ein wichtiger Ansatz zur Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung. (Pressemitteilung der Barmer GEK, 2. Januar)

Kreuzschmerz und Restless-Legs-Syndrom als Patienteninformation erschienen

Das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin hat im Auftrag der KBV zwei neue Patienteninformationen entwickelt. Die Themen sind Restless-Legs-Syndrom und Kreuzschmerz. (Patienten-Information.de, 20. und 22. Dezember 2011)

Kompakt01v040112 2

KOMPAKT-Zahl der Woche: 2,5 Millionen

Mehr als 2,5 Millionen Versicherte der AOK besitzen nach Angaben der Krankenkasse bereits die elektronische Gesundheitskarte. (<u>Pressemitteilung des AOK-Bundesverbandes, 29. Dezember 2011</u>)

Aus der Presse

Ärzte und Krankenkassen stehen vor Herausforderung der Bedarfsplanung

Wie eine Nachrichtenagentur meldet, beginnen Ärzte und Krankenkassen mit der Planung für eine neue Verteilung der Ärzte. Das Vorhaben ist Teil des Versorgungsstrukturgesetzes, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Die Umsetzung könnte Jahre dauern, schreibt die Agentur. Der Gemeinsame Bundesausschuss plant, bis Ende 2012 ein Konzept zu erarbeiten. Ärzte und Krankenkassen rechnen mit Konflikten. Der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, erklärt in der Meldung, wie die Pläne der KBV zur Bedarfsplanung aussehen: "Künftig wird es kleinere Planungsregionen für Hausärzte, größere für wohnortnahe Fachärzte und Großregionen für spezialisierte Fachärzte geben." (Agenturmeldung, 30. Dezember 2011)

Aus dem Terminkalender

09.01.2012	<u>Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa</u> Berlin, 18-20 Uhr
09.01.2012 – 20.01.2012	15. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall Berlin
12.01.2012	Vertreterversammlung der KV Berlin Berlin, 20 Uhr
25.01.2012 –	Kooperationstagung zum Thema: Arzneimitteltherapiesicherheit – Herausforderung für die ambulante Versorgung Berlin, 13-17 Uhr
27.01.2012 – 28.01.2012	2. Süddeutsche Fortbildungstage für Ärztinnen und Ärzte Augsburg
27.02.2012 – 29.02.2012	KBV Messe Versorgungsinnovation 2012 Die Versorgungsmesse in Berlin
24.03.2012	Vertreterversammlung der KV Bayerns München
13.06.2012	Tag der Niedergelassenen auf dem Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit 2012
25.07.2012	Vertreterversammlung der KV Bayerns München

Kompakt01v040112

24.11.2012 Vertreterversammlung der KV Bayerns München

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 07 Fax: 030 / 40 05 – 27 22 07 E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php

Kompakt01v040112 4